



Es ist ein Satz, der eigentlich ganz einfach klingt – und doch wird er viel zu oft überhört: Man kann den Planeten nicht retten, wenn man die Menschen zurücklässt. Soziale Gerechtigkeit ist kein Nebenschauplatz der Umweltpolitik. Sie ist ihr Fundament. Ihr Rückgrat. Ihr Herz.

Aber hören wir das in Berlin, Paris oder Brüssel? Nur selten. Stattdessen wird Klimapolitik noch immer in Zahlen gegossen, in Steuersätzen, Förderprogrammen und technologischen Innovationen. Alles schön und gut – aber solange eine Familie am Monatsende kaum noch heizen kann, weil die Gaspreise steigen, während andere ihre Wärmepumpen steuerlich absetzen, läuft etwas gehörig schief.

Die ökologische Wende wird scheitern, wenn sie nur für diejenigen gemacht ist, die sich die notwendigen Umstellungen leisten können. Wer in einem schlecht isolierten Plattenbau wohnt, hat keine Wahl, sondern friert. Wer täglich pendeln muss, weil die Stadtmieten unbezahlbar sind, braucht ein Auto – nicht, weil er "rückständig" ist, sondern weil er keine Alternative hat. Es ist nicht der Planet, der ungerecht ist. Es sind die politischen Prioritäten.

Seit Jahren sprechen wir über CO₂-Bepreisung, über Strommarkt-Design und Verbrenner-Aus. Aber wann reden wir über Menschen, deren Kühlschrank leer ist, bevor der Monat vorbei ist? Über Kinder, die mit Asthma aufwachsen, weil ihre Wohnung an einer vierspurigen Umgehungsstraße liegt? Über Rentner, die sich zwischen Heizung und Medikamenten entscheiden müssen?

Die Wahrheit ist unbequem: Eine gerechte Umweltpolitik kostet mehr Mühe. Sie verlangt Zuhören, Umdenken, Umverteilung. Sie bedeutet, dass nicht nur neue Technologien gefördert werden, sondern auch Menschen, die bislang ignoriert wurden. Dass man nicht nur in Smart Cities investiert, sondern auch in graue Vorstädte und ländliche Räume.

Und ja – das bedeutet auch politische Selbstkritik. Es reicht nicht, wenn Entscheidungsträger auf Konferenzen über Klimaziele philosophieren, während draußen die soziale Wirklichkeit an ihnen vorbeirauscht. Wer nicht bereit ist, ökologische und soziale Fragen zusammenzudenken, hat das Ausmaß der Krise nicht verstanden.

Was es jetzt braucht? Mut. Menschlichkeit. Und den Willen, umzulernen. Eine gerechte Gesellschaft ist kein netter Bonus in der Umweltpolitik – sie ist die Voraussetzung dafür, dass Veränderung gelingt. Nicht gegen die Menschen, sondern mit ihnen.

Denn nur gemeinsam – wirklich gemeinsam – lässt sich diese Welt noch retten.

Autor: C.H.